



REVOLUTION – UND DANN?

TRANSFORMATION IN ÄGYPTEN, MAROKKO UND TUNESIEN

Nach dem revolutionären Aufbruch im Frühjahr 2011 sind die konkreten Wege in die demokratische Zukunft in allen nordafrikanischen Staaten politisch hoch umstritten. Wann soll gewählt werden? Welches Wahlsystem soll angewendet werden? Was soll gewählt werden – Parlament, Präsident oder verfassungsgebende Versammlung? Muss die Verfassung zuerst verändert und dann ein Parlament gewählt werden, oder umgekehrt? Und grundsätzlicher: Sind die autokratischen Rechtssysteme reformierbar oder müssen Verfassung und Recht ganz neu gedacht werden? Wer bringt sich mit welchen Vorschlägen in die Debatte ein und wer findet Gehör?

Marokko, Ägypten und Tunesien gehen hier jeweils unterschiedliche Wege. Sie unterscheiden sich in ihrer Rechtskultur, ihrer politischen Struktur und insbesondere auch im Grad der gesellschaftlichen Umbrüche. Was sie verbindet, sind die kontroversen, gesellschaftlichen Debatten um die nächsten Schritte auf dem langen

und unsicheren Weg zu einer demokratischen Transformation. Bestehende Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten und mit einem Fachpublikum zu diskutieren, war keine leichte Aufgabe für die drei Verfassungsrechtler/innen, die an den derzeitigen Transformationsprozessen in ihren Ländern aktiv beteiligt sind. Prof. Dr. Amina El Messaoudi (Marokko), Prof. Dr. Nour Farahat (Ägypten) und Prof. Dr. Farhat Horchani (Tunesien) gelang es unter Moderation der Bundesministerin der Justiz a.D., Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, gemeinsam mit fast 200 Teilnehmer/innen einen kritischen Blick auf die aktuellen Entwicklungen zu werfen.

Vorbereitet wurde die Podiumsdiskussion gemeinsam mit der Arbeitsstelle Politik des Vorderen Orients der Freien Universität Berlin, der Graduate School Muslim Cultures and Societies, dem Zentrum Moderner Orient sowie der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Vorderer Orient.